

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 23 – 2016

Berlin/Augsburg, den 16. 12. 2016

Faktencheck: Teil 3

„Postfaktische Bewertung Gesundheitssystem!“

Gerade wurde das Schimpfwort **postfaktisch** zum Wort des Jahres 2016 erkoren. Es betrifft die Hasardeure in unserem Gemeinwesen, die sich nicht mehr an Tatsachen orientieren und nur noch auf Stimmung setzen.

Unsere Analyse bezogen auf die Bewertung der Entwicklungen im Gesundheitssystem seit dem Jahr 1989 und zwar mit steigender Tendenz stellt fest, dass populistische Bewegungen eine fast schon ausufernde negative Einflussnahme zu Lasten der Bürger/Versicherten/Patienten/Pflegebedürftigen nehmen.

1. Die im Jahr 2015 und 2016 entstandene Entwicklung der Beitragssätze für die gesetzlichen und privaten Krankenkassen wurden populistisch mit Beitragssenkungen in der GKV von 15,5% auf 14,6 % gesetzlich beschlossen. Dass dabei die Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Gunsten der Arbeitgeber aufgehoben wurde, stand nicht im Vordergrund der Aussagen der Populisten. Dass die GKV zusätzlich individuelle Zusatzbeiträge erheben durfte, erfolgte in der Realisierung schleichend und stillschweigend und zwar zu Lasten der Beitragszahler. Damit wurde den Versicherten vorgegaukelt, dass es eine Beitragsstabilität gibt, obwohl letztendlich Beitragssteigerung in Höhe von durchschnittlich 1,1 % die Folge sind.
2. Durch eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen zu den Strukturen des Gesundheitswesens wurde populistischer Aktionismus betrieben. Mit den ca. 24 namentlich genannten Gesetzen (siehe unsere PM Nr. 21) wurden Entscheidungen gefällt, die dahingehend ausgerichtet wurden, dass das Wählervotum für die Regierung nicht negativ bewertet werden sollte und die Gruppierungen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen nicht auf die Barrikaden gingen. In der Realität wurden zum Beispiel trotz der gesetzlichen Maßnahmen der modifizierten Krankenhausfinanzierung eine Vielzahl von Krankenhäusern geschlossen und werden in der nahen Zukunft noch schließen müssen. Somit wurde die wohnortnahe Versorgung für die Bürger minimiert und gefährdet. Als zweites Beispiel muss das Ping-Pong-Spiel bezogen auf die ambulante Versorgung genannt werden. Anstatt einen Schwerpunkt auf die regionale Versorgung mit freiberuflich und engagiert arbeitenden Medizinern zu legen, wurde und wird die der individuellen Leistung entsprechende Vergütung für die ambulant tätigen Mediziner verhindert, behindert oder verzögert. Somit wird auch die ambulante Versorgung der Bürger gefährdet und minimiert. Stattdessen sollen nun ambulante Leistungen in den stationären Einrichtungen erfolgen, bei denen das Fachpersonal fehlt und die zusätzlich für die individuellen Leistungen auch noch höhere Kosten für die GKV verursachen. Ein postfaktischer Irrsinn zu Lasten der Bürger und zu Gunsten der vielfältig vorhandenen Opportunisten.

3. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Einwirkungen der Opportunisten liegt im Bereich der Pflegegesetzgebung. Dazu gehören die Reform der Pflegeausbildung, das Pflegeneuausrichtungsgesetz, das erste Pflegestärkungsgesetz, das zweite Pflegestärkungsgesetz, das dritte Pflegestärkungsgesetz. Diese führen alle zu organisatorischen und administrativen Einflüssen, die jedoch die notwendigen Anpassungen in der Struktur der Pflege weitgehend unberücksichtigt lassen. Dazu gehört die nachweislich stark ansteigende Anzahl der Pflegebedürftigen. Der dadurch bedingt stark ansteigende Finanzbedarf für die Versorgung/ Betreuung der Pflegebedürftigen und der Angehörigen kommt hinzu. Ferner kommt hinzu, die Finanznot der Pflegekassen in der Gegenwart und Zukunft, der Sozialämter und der Pflegebedürftigen durch steigende Kosten und sinkende Einnahmen. Diese postfaktische Entwicklung durch die Opportunisten der Politik, der Selbstverwaltung und der Medien verhindert eine reale Anpassung. Die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft werden von den Opportunisten ignoriert. Festzuhalten bleibt die Tatsache, dass die Anzahl der Pflegekräfte um ca. 1 Million Mitarbeiter ansteigen muss, um überhaupt noch Pflegebedürftige betreuen zu können. Dazu würde eine Ausweitung der finanziellen Anreize für die Berufsgruppe Pflege gehören und nicht eine opportunistische Steigerung der Administration.
4. Durch das E-Health Gesetz soll die Digitalisierung zur Gesamtstruktur des Gesundheitssystems konstruktiv umgesetzt werden. Im gleichen Zeitraum zerreiben sich die populistischen Interessenvertreter der IT – Industrie, die Wissenschaft dieses Bereichs, die Gruppierungen der Selbstverwaltung. Die notwendigen Maßnahmen der Gematik, der Ausbau der elektronischen Gesundheitskarte, die Umsetzung der Telemedizin werden ausgebremst oder umgesetzt in die Ausweitung der Kosten und Marktanteile der jeweiligen Gruppierung. Den Bürger durch die Einbindung in seine Gesundheitsdaten mündiger zu machen und die Kosten und Wirkungen transparenter zu gestalten, wird von den Opportunisten verdrängt oder wissentlich bzw. unwissentlich nicht verstanden, also postfaktisch.

Zusammenfassung:

In den vielen Diskussionen mit Insidern des Gesundheitswesens, mit Wissenschaftlern, mit leitenden Personen in den Interessenverbänden unseres Gemeinwesens kommt es zu der Aussage: „Diese postfaktische Bewertung muss in der Realität zu einem Kollaps des noch guten deutschen Gesundheitswesens führen.“ Deshalb brauchen wir im Jahr 2017 eine konzertierte Aktion im Gesundheitswesen mit denen, die nicht postfaktische Ziele haben.

Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern, Experten, Beiräten für die sachliche Unterstützung im Jahr 2016 und wünschen uns dies nachhaltig auch für das Jahr 2017. Zunächst wünschen wir Ihnen jedoch schöne und erholsame sowie fröhliche Festtage und im kommenden Jahr Gesundheit und Erfolg.

Wolfram-Arnim Candidus
Präsident
Im Namen des Gesamtvorstandes
(freigegeben zur Veröffentlichung)
www.buerger-initiative-gesundheit.de

Kontakt Pressestelle:
Bürger Initiative Gesundheit e.V.
Beethovenstr. 2
86150 Augsburg
Tel. 0281/50869760
presse@buerger-initiative-gesundheit.de